

VOM AUFTAUCHEN AUS DEM ABGRUND FÜRSORGLICHER BELAGERUNG.

EIN BEITRAG ZUM BEGRIFF DER NEUEN BÜRGERLICHKEIT
VON BERND KAUFFMANN

Sie muten wie ein Paradoxon in den nicht enden wollenden Diskussionen über zuviel oder zu wenig Staat an: Die ständigen Warnungen vor der Undurchschaubarkeit des Staatsmechanismus, die wie floskelhaft vorgetragene Sorge über seine fehlende Transparenz und der ritualisierte Klagegesang über die Ausweitung des „Muttistaates“ mit seiner fürsorglichen Belagerung samt den damit einhergehenden Spannungen zwischen den unheiligen Schwestern Freiheit und Gleichheit. Angesichts der fortschreitenden globalen Vernetzung alles Irdischen einerseits und der sich verstärkenden Forderung nach mehr Nationalstaatlichkeit als Reaktion auf diese internationale Entwicklung andererseits taumelt der sogenannte deutsche „Staatsbürger“ richtungslos im Irrgarten der tagespolitischen Argumentationen umher. Dazu fühlt er sich zutiefst vom Druck der Angst vor Inflation, Verarmung, Überfremdung, Terrorismus etc. umstellt, begleitet und belastet. Was Wunder, daß unser „deutscher Bürger“ mit solchen „Dybuks“ im Nacken fast ohne reflektierendes „Zwischengas“ dazu neigt, zülig ins leicht Hysterische zu verfallen, wenn in schöner Regelmäßigkeit wieder eine andere Sau der Bedrohung durchs mediale Dorf getrieben wird: Eurokrise, Migrations- und Assimilationsproblematik (spätestens seit Sarrazin), späteres Rentenalter, demographischer Wandel, kulturelle Diversität, rapide soziale Ausdifferenzierung, Verrohung im Alltag und ansteigende Kriminalität, Deutschlands unklare Rolle in der politischen Welt und das Verschwinden des Religiösen im säkularisierten „european Village“.

Und weil die Rolle der sogenannten Führungseliten in Politik und Wirtschaft in diesem freudlosen, nationalen Verwirrspiel

um Selbstverständnis auf allen sozialen Ebenen scheinbar nur darin besteht, diese Orientierungslosigkeit in Sprache und Inhalt zu forcieren, wird die Frage immer lauter, was in dem Vakuum deutscher Selbstdefinition denn als erfolversprechende Füllmasse und als Bindekitt dienen könnte?

Auf der Suche nach solch einem aussichtsreichen Hort der Solidität und nach einer Reassekuranz des sozialen Verhaltens angesichts erodierender gesellschaftlicher Verhältnisse im nationalen Rahmen wie auch im internationalen Beziehungsgeflecht wird jetzt begonnen, wieder retrospektiv in alten Schubladen zu kramen, die die Aufschrift „Gute alte Zeit“ tragen und seinerzeit zum Stabilbaukasten für ein vermeintliches Bürgertum herhalten mussten, das längst verschwunden ist. Das aber hindert nicht, wieder auf den „Bürger“ zu kommen und seine Wiederkehr herbeizubeten.

Weil aber nicht nur Historiker und Soziologen wissen, daß es in Deutschland um den „citoyen“ – im Gegensatz etwa zu England oder Frankreich – nie sehr gut bestellt war, da im Teutonischen, historisch bedingt, schon immer Gemeinschaft vor Gesellschaft rangierte, kann man nicht einfach und bedenkenlos auf irgendwelche Revenants aus dem neunzehnten Jahrhundert setzen. Neuere Forschungen haben längst festgestellt, daß es sich bei der Kategorie „Bürgerlichkeit“ in Deutschland eher um einen Kramladen, „ein historisches Kostüm, eine Habitus-Form ohne eine spezifische soziale Trägerschicht“ handelt (P. Meisenberg¹). Das

1 Vgl. Peter Meisenberg: Rezension: Bürgerlichkeit ohne Bürgertum. In welchem Land leben wir? Hrsg. von Heinz Bude, Joachim Fischer und Bernd Kauffmann. München (Fink) 2010, in: WDR 5 / Resonanz; 27. 12. 2010.

meint durchaus jene typisch deutsche Form von Bürgerlichkeit, die mit dem Gedanken an die Gesellschaft, mit der Reflektion über ihr Gelingen als Ganzes, welche dem „citoyen“ angelegen war, schon immer wenig bis nichts anfangen konnte und sich lieber über die eigene Kultur, aber nicht über die politische Rolle – also als Bildungsprogramm *statt* als Klassenprojekt – definierte, deren Buddenbrook-Attitüde spätestens nach dem I. Weltkrieg die Luft ausging.

Statt dem unverstellten Liebäugeln mit den Geistern der mehr oder weniger glorreichen Vergangenheit orientiert sich heutzutage die durchaus ehrliche Sehnsucht nach der neuen geistigen Mitte inmitten eines als „heruntergekommen“ empfundenen gesellschaftlichen Bewußtseins – von postinfantiler Spaßkultur bis zum parlamentarische Lobbyismus – als Frage nach einem historisch entrümpelten „neuen Bürger“: So gesehen präsentiert sich das Nachdenken über ein solches „neues Bürgertum“ zuallererst dann gleichsam „typisch deutsch“: als sozial entpflichtete Idee, wo neuer Wein in alte Schläuche gegossen wird, d. h. wo den neuen gesellschaftlichen Herausforderungen mit den im Kern alten ethischen Maximen begegnet werden soll.

Auch dazu ist in jüngster Zeit Entscheidendes gesagt worden. Mit engem Bezug auf Max Weber bleibt etwa Norbert Bolz nicht bei der Bestandsaufnahme der „letzten Menschen“ stehen, wie wir sie nach dem Ende der Geschichte heute auf *Facebook* und *live* erleben: Den – um mit Max Weber zu sprechen – „Fachmenschen ohne Geist, Genussmenschen ohne Herz“ sind – so Bolz – „die grossen Gefühle abtrainiert“ worden, „und deshalb sind sie auch unfähig zur Tugend, zur Vision und zur großen Unternehmung“². Das Posthistoire scheint dann erreicht zu sein, wenn der Mensch die Welt nicht mehr aus der eigenen Geschichte heraus zu verstehen meint, sondern seine Spuren nur noch als Schatten in *Facebook* oder anderen digitalen Verwerfungen wahrzunehmen bereit ist.

2 Norbert Bolz: Lebensführung, in: Bürgerlichkeit ohne Bürgertum, a. a. O., S. 84 f.

Mit Webers und Bolz' Schilderungen vom „letzten Menschen“ und seiner „Mentalität des Pazifismus der sozialen Ohnmacht“³ oder auch mit Karl-Heinz Bohrer's Analyse, die Westeuropa „keinen Willen zur Macht“⁴ attestiert, bleibt festzustellen, daß im Falle Deutschlands dieser Zustand fast erreicht scheint: Von der modernen Freiheit, die den „einzigartigen Geist des europäischen Bürgertums“ einst ausmachte, so Bolz resümierend, „ist nur noch das Gehäuse übrig geblieben. Er ist zur Unentrinnbarkeit geronnen: Bürokratie als Schicksal. Das Posthistoire des „letzten Menschen“ ist dann erreicht, wenn dieses Schicksal als Gnade erfahren wird. Und genau das scheint im Musterland der rationalen Daseinsvorsorge der Fall zu sein. Die Deutschen fühlen sich orientierungslos und unsicher, wenn sie das *gewohnte Gehäuse der bürokratischen Bevormundung* einmal verlassen müssen. Völlig fremd geworden scheint ihnen die Vorstellung, das eigene Leben in der eigenen Hand zu behalten. Kant hat das Unmündigkeit genannt, Weber spricht von politischer Unreife, und die Sozialpsychologen würden von einer „erlernten Hilflosigkeit“⁵ sprechen, der der Coaching- und Beratungswahn auf dem Fuße folgt.

Zweifellos beobachten wir gegenwärtig in Deutschland eben jenen von Max Weber beschriebenen Hang zu einer „Mentalität des Pazifismus der sozialen Ohnmacht“, ob dieser sich nun im permanenten Anwachsen der Nichtwählerschaft zu Kommunal-, Landes- und Bundestagswahlen zeigt oder im medial beklagten Desinteresse an gesellschaftlich relevanten Themen.

Doch machen wir uns nichts vor: Die schäumende Wut der Blogger im Internet, die sich zumeist auf „höherem“ Niveau bewegenden Kommentare der Leser von Artikeln in den Online-Ausgaben überregionaler Medien ebenso wie das Faktum des Wählerprotests, der aus Mangel an seriösen Alternativen den Weg

3 Ebd., S. 88.

4 Vgl. Karl-Heinz Bohrer: Kein Wille zur Macht, in: Bürgerlichkeit ohne Bürgertum, a. a. O., S. 89–100.

5 Norbert Bolz: Lebensführung, a. a. O., S. 88.

der Stimmenthaltung wählt, sie alle sprechen eine völlig andere Sprache als die der Resignation. Gerade die im Rahmen der Neue-Bürgerlichkeit-Diskussion hervorgehobene Tatsache, daß Freiheit, Selbstbestimmung und Individualität für sogenannte historische Bürgertugenden signifikant seien, scheint hier in neuer Gestalt – wenn auch keine fröhlichen, sondern eher mit Ohnmachtsgefühlen durchtränkte – Urständ zu feiern. Und wo sich eben jene politische Ohnmacht als hypertrophierte Trotzreaktion (natürlich meist auch parteipolitisch vereinnahmt) etwa in einem Bürger-Protest wie „Stuttgart 21“ Bahn bricht – wenn Altaktivisten mit schwäbelnd überkippenden Stimme die alte Leipziger Losung vom Oktober 1989 „Wir sind das Volk“ in eine Kamera einer Öffentlich-Rechtlichen Anstalt brüllen – so herrscht anderen Ortes, beispielsweise in den Internet-Kommentaren des gebildeten Lesepublikums (und oft auch bis hin zu den BILD-Leser-Blogs), wachsende Empörung und tiefe Verbitterung über indolente und sich im leeren Gerede über die öffentliche Meinung hinwegsetzende Führungseliten, denen die Sentenz „es gilt das gebrochene Wort“ nahezu in Fleisch und Geist übergegangen sei. Wenn etwa desorientierte Politiker mit der „Gold gab ich für Euro“-Losung den Volkswillen irritationsfrei übergehen – was im Ergebnis durchaus zutreffend sein mag –, statt sie parlamentarisch und außerparlamentarisch gegenüber der Öffentlichkeit zu klären und zu erklären, und im Augen-zu-und-durch-Galopp zum europäisch-antinationalen Befreiungskampf blasen, daß ja niemand mehr – selbst kaum im Parlament – ein differenziertes Argument ökonomischer Vernunft höre, greifen und helfen plötzlich weder erlernte Hilflosigkeit noch die fürsorgliche staatlichen Belagerungen. Im Gegenteil: Wenn eine Regierung in sensiblen Fragen wie der Zuwanderungspolitik nicht nur Leseempfehlungen, sondern auch Verhaltenskodices gleich mit auf den Weg gibt, liefert sie dem bislang orientierungslosen Staatsbürger – unbeabsichtigt zwar, aber sehr wirkungsvoll – Sichtpunkt und Denkrichtung, womit der dann den Blick aus der *mise en abyme* der unendlichen Staatsfürsorge hervorzuheben vermag, um aus der Bodenlosigkeit einer unendlichen staatsbürokratischen Ineinanderspiegelung zu sich selbst zu finden, von wo und wie auch immer sich

dieses „Selbst“ dann auch artikulieren mag. Schließlich stellt auch die Freiheit, sich ex negativo als Staatsbürger zu definieren, einen Versuch bzw. ein Indiz dar, aus dem Käfig der staatlichen Fürsorglichkeit auszubrechen zu wollen und den Willen zu haben, sich seiner Selbstverantwortlichkeit zu ermächtigen.

Darum sollte das zitierte Webersche Diktum, *das die historische Entstehung der modernen Freiheit als Ergebnis einzigartiger, niemals sich wiederholender Konstellationen* charakterisiert, auch nicht teleologisch gelesen und damit quasi als statisch angesehen werden, ist doch die Feststellung selbst historisch konnotiert. Schließlich stellen die Voraussetzungen, welche Weber dafür geltend macht, trotz ihrer Singularität Tatbestände einer vergangenen Zeit, einer historischen Epoche dar: „[D]er Kolonialismus mit gutem Gewissen, die frühkapitalistische, sozio-ökonomische Struktur Westeuropas, die Verwissenschaftlichung des Lebens und die vom asketischen Protestantismus geprägten Wertvorstellungen“ (N. Bolz).⁶

Ist man zudem bereit, eine „Bürger“-Definition zu favorisieren, wie sie etwa die oben gestreiften neueren soziologischen Wortmeldungen bevorzugen, einen Bürgerbegriff der relativ klassenindiffernt, dafür aber als bildungsaffin zu verorten ist, so fügt sich – wenn man letztendlich den historischen Anspruch des Staatsbürgerlichen sozusagen auf die lokale Ebene herunterbricht – in eine solche Betrachtungsweise Hermann Lübbes Beobachtung – und Prophezeiung – über die bürgerlichen „Modernisierungsgewinner“ zu Beginn des 21. Jahrhunderts nicht nur nahtlos ein, sondern legt angesichts der zu beobachtenden kommunalen wie regionalen Aktivitäten der Bürgerschaft durchaus eine nationale, ja internationale Perspektive frei.⁷

6 Vgl. ebd.

7 Vgl. Hermann Lübke: *Modernisierungsgewinner. Religion, Geschichtssinn, Direkte Demokratie und Moral.* München (Fink) 2004, S. 154–166.

Lübbe betont, daß „im Kontext unserer sich globalisierenden Zivilisation zugleich die vermeintlich gefährdeten kleineren Kommunitäten eher an politischen Gewicht gewinnen. Sie tun es kraft des irresistibel sich intensivierenden Willens der Bürger zur politischen Selbstbestimmung vor Ort. Exemplarisch heißt das: Die Zahl der Kleinstaaten, der kleinen Einheiten wächst. Binnenstaatlich expandieren die Zuständigkeiten substaatlicher Körperschaften. Sogar der Förderalismus, der ein Relikt vormoderner Staatlichkeit zu sein schien, gewinnt neu an politischem Gewicht, und auch für die neue supranationale Gemeinschaft der EU scheint zu gelten, daß ihre förderale Organisation Voraussetzung der erhofften Stärkung ihrer zentralen Handlungsfähigkeit ist. Zu dieser politischen Revitalisierung kommunitärer Zusammengehörigkeitserfahrung der Bürger in kleinen Einheiten passt, dass genau komplementär zur zivilisatorischen Modernisierung auch die individuellen Selbstbestimmungs- und Mitbestimmungsansprüche wachsen. Das wiederum ist keine politische Autarkieromantik, sondern vielmehr eine rationale Reaktion auf Erfahrungen zunehmender Komplexität moderner Lebensverhältnisse, mit der sich die Chancen ihrer zentralen Steuerbarkeit verringern und die politische Partizipation der Betroffenen vor Ort unabweisbarer wird.“⁸

Die solcher actio-reactio Beschreibung innewohnende Dialektik erweist sich in der verzweifelt gesuchten „Neuen Bürgerlichkeit“ dann eben nicht als von gesellschaftlichen Zwängen aufgenötigter Habitus im Sinne eines historisierenden gründerzeitlichen Mummenschanzes voller Rituale und Attitüden abgelebter Bildungsbürgerlichkeit. Das Selbstbild dieser Art von Bürgerlichkeit erwächst aus der Selbstverständlichkeit des praktischen Tuns, die sich aus den regionalen wie kommunalen Interessen ergeben, welche im globalisierten Zeitalter eben kaum noch bloße Dorf- oder Stadtangelegenheiten mehr sind (oder mittelfristig sein werden), sondern in der Regel auch handfeste wie virtuelle nationale und internationale Interessen tangieren.

8 Ebd., S. 11.

Neben dieser Außenwirkung des Föderalen und Kommunalen erscheint die Frage der Selbstorganisation von Bürgerlichkeit auch als Indikation nach innen relevant: Als Zivilcourage und Selbstermächtigung angesichts „staatsfreier Räume“ bzw. angesichts der Abwesenheit resp. des Unvermögens des Staates, im städtischen wie regionalen Umfeld noch weiter und intensiver regulierend einzugreifen. „Die Bürgerschaft“, so Hermann Lübbe, „hat längst akzeptiert, daß es sinnwidrig und aussichtslos wäre, gegen die [...] unvermeidliche Beeinträchtigung ihrer privaten Rechte [...] nach der Polizei zu rufen.“⁹ Ob in Berlin-Kreuzberg oder im Hamburger Schanzenviertel jedes Jahr oder bei den um sich greifenden Pariser oder Londoner Krawallen – längst erschöpfen sich Bürgeraktivitäten nicht mehr im bloßen Verbarrikadieren von Geschäften und Wohnhäusern. Wenn auch lebensgefährlich, so zeigt etwa die rüde Frontstellung von Londoner besseren Bürgern gegenüber dem Mob, daß der Gedanke vom Reich der Gewaltenteilung, welches die bürgerliche Welt gemeinhin ist, in der Bürgerschaft weiterlebt, wenn die staatliche Struktur hilflos versagt: Bürgerlichkeit als Abgrenzung also.

Diese Formen von Zivilcourage und Selbstverantwortlichkeit bilden sich am besten innerhalb einer Gesellschaft heraus (so hat Odo Marquard festgestellt, der Analyst des *homo compensator*, eines Menschen, der nicht triumphiert, sondern die Folge seiner prolongierten Niederlagen, die er auf seiner Lebensbahn erfährt, stetig kompensiert)¹⁰ wo eine Überfülle an Determinanten herrscht. Was nichts anderes heißt, als daß nicht die „Nulldetermination“ der verordneten Knechtschaft, sondern die „Pluralität von Determinanten, die determinierend auf sie einwirken“,

9 Ebd., S. 149.

10 Vgl. Odo Marquard: *Homo compensator*. Zur anthropologischen Karriere eines metaphysischen Begriffs, in: ders.: *Philosophie des Stattendessen*. Stuttgart (Reclam) 2000, S. 11–29.

die Menschen frei macht.¹¹ Wahrscheinlich ist diese „Überfülle an Determinanten“, die in der alten und nun auch in der neuen Bundesrepublik wirkten und wirken, wo gemeinhin Abscheu über staatliche Überregulierung, Bürokratie und den Spleen zigfacher Daseinsfürsorge qua privater wie staatlicher Absicherungssysteme als Kulturkritik kundgetan wird, um sie allerdings im Einzelfall wieder stetig einzufordern. Wahrscheinlich ist diese Überfülle auch der Grund, warum die Menschen „westdeutscher“ Provenienz ihre kleinen privaten Verantwortlichkeiten und ihren (wie auch immer begründeten) Individualismus stärker wahrnehmen und pflegen, als es ihren genuin „ostdeutschen“ Brüdern und Schwestern nach der deutschen Wiedervereinigung gelang. Deren Freiheitsverständnis von 1989 war zuerst aufs große Ganze, auf den kollektiven Ausbruch aus der „Nulltermination“ der Zwangsgemeinschaft gerichtet und nicht auf das Einzelschicksal, weshalb der Beginn der deutschen Einheit eine ostdeutschlandweite Orientierungslosigkeit in Sachen Individualverständnis zur Folge hatte, die sich in gänzlich anderer Qualität verfolgen ließ als die staatlich verursachte Hilflosigkeit des Staatsbürgers aus Westdeutschland. Aber das wäre eine andere Geschichte.

So verstanden sind individuelle Freiheit, Selbstbestimmung und Zivilcourage im begrenzten Bereich des persönlichen Lebens und Wirkens auch inmitten des sozialfürsorglichen Determinationsgefüges des jetzigen deutschen Staates immer wieder neu zu erlernen. Die bürgerliche Welt, so Odo Marquard¹², bietet dafür besonders gute Bedingungen.

Beim näheren Hinsehen halten wir dann sogar den Abgrund der sozialen Sorgfaltspflichten aus, indem wir uns selbst nur denjenigen Determinanten verpflichtet glauben, die uns besonders gravierend erscheinen – individuell notwendig wie sozial unaus-

11 Vgl. Odo Marquard: Apologie der Bürgerlichkeit, in: Philosophie des Städtischen, a.a.O., S. 94–107, hier S. 100.

12 Ebd.

weichlich; aus dieser Spannung speist sich unsere freiheitlich Entscheidung, sowohl unangepaßt im Sinne persönlicher Freiheit als auch altruistisch im Zeichen gesellschaftlicher Verantwortung zu denken und zu handeln.

Der Tanzschulenkallauer, daß es, wenn es auch keine Ritter mehr, doch noch Ritterlichkeit gibt, pointiert dabei genau den Prozeß strukturell tiefgreifender Wandlung des Phänomens Bürgerlichkeit. Die sogenannten bürgerlichen Verhaltensmuster, Tugenden und Denkformen, die immer als mittleres Verhalten zwischen den Extremen im Sinne der aristotelischen mesotes-Lehre den Weg „dazwischen“ als erstrebenswerte Lebenshaltung bezeichnen, wurden im Nachgang des industriellen Zeitalters mit dem Etikett „bürgerlich“ versehen. Dieses Verhalten ist heute in Hinsicht auf die Sozialstruktur relativ indifferent – die Randgruppen um den sogenannten bürgerlichen Sozialstatus changieren durchaus zwischen vermögend bis bedürftig: Höflichkeit, Altruismus, Solidarität, Gemeinsinn, Empathie etc. sind nicht ans Bankkonto gebunden. Und doch greift die fortschreitende soziale Differenzierung gravierend ins individuelle Sozialverhalten ein, was man schon Generationen vor Brechts „Erst kommt das Fressen, dann kommt die Moral“ wußte.

Um so dringlicher schließt sich darum eine letzte Frage an: die nach der Trägerschicht dieser Verhaltensmuster, die wir als „bürgerlich“ bezeichnen.

Denn die Frage nach der Matrix, nach dem Vorhandensein der sozialökonomischen Basis dieser bürgerlichen Trägerschicht birgt das eigentliche Problem, wenn es um den Problemfall sogenannte „Neue Bürgerlichkeit“ versus „fürsorgliche staatliche Belagerung“ im Sinne der persönlichen Entmündigung geht. Theoretisch mag einsichtig sein, wie sich im Sinne des Förderalen und Privaten, in Regionen und Kommunen im Zuge der Globalisierung nationale wie übernationale Bürgertugenden maßstabbildend und richtungsweisend ausbilden können. Wenn jedoch – wie es der heutige Staat seit Legislaturperioden und entgegen seinen und der Parteien-Kakophonie gebetsmühlenartig wieder-

holten Beteuerungen praktiziert – der bürgerliche Mittelstand im Zuge einer rapide fortschreitenden sozialen Ausdifferenzierung aufgrund einer bedenkenlosen Fiskalpolitik ruiniert zu werden droht, verliert der Gedanke des bürgerlichen Wesens und Seins dem ihm gebührenden Nährboden und Humus. Sozial abgefederte Härtefälle und Lumpenproletariat wie sogenannte „systemrelevante“ halbkriminelle Börsenspekulanten in Nadelstreifen stellen nur die bizarren Enden jenes Spektrums dar, deren Mitte immer schwerer auszumachen ist. So darf dies wohl auch als wichtigste innenpolitische Aufgabe genannt werden, in deren Verantwortung die deutsche Staatspolitik heute steht: Die Bewahrung der deutschen Mittelschicht.

Mag es manchem Intellektuellen, mag es hochelaborierter – künstlerischer wie philosophischer – Reflexion auch auf den ersten Blick befremdlich bieder erscheinen: Ein moderner Staat ohne Mittelschicht ist ein Staat ohne geistige Mitte, welcher Art und Güte dieser Geist auch sein mag. Und das ist schließlich – auch nach dem Bankrott der großen Ideen und ungeachtet aller sozialökonomischen Betrachtungen – neben einem gesellschaftspolitischen auch schlicht ein kulturanthropologisches Problem.